

Zeitschrift: Mitteilungen der Naturforschenden Gesellschaft in Bern
Herausgeber: Naturforschende Gesellschaft in Bern
Band: 47 (1990)

Artikel: Die Berggebietspolitik in Italien und die Schlüsselprobleme der Entwicklung des italienischen Alpenraums
Autor: Martinengo, Edoardo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-318552>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

EDOARDO MARTINENGO*

Die Berggebietspolitik in Italien und die Schlüsselprobleme der Entwicklung des italienischen Alpenraums

Die italienischen Alpen umfassen mit ihren gut 50 000 km² knapp 28% der Alpengesamtfläche, und ihre 3,7 Millionen Einwohner (1.1.1989 = 3 748 484 Einwohner) machen 33% der alpinen Bevölkerung aus, so dass sie den grössten nationalen Teilraum in den Alpen darstellen. Die italienischen Alpen sind mit 16% der Fläche Italiens aber auch innerhalb Italiens ein wichtiger Raum, in dem jedoch nur knapp 6% der italienischen Bevölkerung leben. Die naturräumlichen, kulturgeschichtlichen und politischen Unterschiede dieses Raumes, der heute sieben verschiedenen politischen Regionen zugehört (Ligurien, Piemont, Aostatal, Lombardei, Südtirol-Trentino, Venetien, Friaul-Julisch Venetien), sind aber so stark ausgeprägt, dass eine Gesamtdarstellung in knapper Form kaum möglich ist.

Die spezifische sozio-ökonomische Realität der italienischen Alpen gründet sich auf der Nutzung der «dritten Dimension», die die Ursache für zahlreiche komplizierte jahreszeitliche Wanderungen zwischen den verschiedenen Nutzungsstockwerken ist und die hier bedeutender waren bzw. sind als auf der Alpennordseite. Diese haben zu einer ausgeprägten traditionellen landwirtschaftlichen Nutzungsvielfalt – von den Intensivkulturen der mediterran und submediterran geprägten Talböden der grossen alpinen Längs- und Quertäler bis hinauf zur extensiven Weidewirtschaft der Almregionen – geführt, wodurch die gesamte Gebirgsregion auf unterschiedliche Weise stark vom Menschen geprägt und gestaltet wurde. Nicht so sehr das Faktum der absoluten Höhe, sondern vor allem diese komplexe Stockwerksnutzung macht also das Charakteristikum der Alpen und ihren Unterschied zum Gebiet der Hügel und der Ebenen aus; ein Unterschied, der im Laufe der Geschichte stets zu spüren war, und zwar je nach Epoche auf positive oder negative Weise. So sei an dieser Stelle nur daran erinnert, dass beispielsweise die Bauern der lombardischen Alpen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts aus verschiedenen Gründen ökonomisch deutlich besser dastanden als ihre Kollegen aus der oberitalienischen Tiefebene. Aber auch in Italien waren es letztlich die mit der industriellen Revolution verbundenen ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die aus dem «Unterschied» zwischen Alpen und Ebene eine grundsätzliche Benachteiligung machten und die die Alpen zu einer Problemregion abwerteten.

* Adresse des Verfassers: Dr. EDOARDO MARTINENGO, Ass. Agricolture e Foreste, Corso Stati Uniti 21, I-Torino (Italia)

Diese Entwertung der Alpen im Kontext der Industriellen Revolution zeigt sich an zahlreichen Phänomenen, dessen auffälligstes die Entvölkerung («spopolamento») darstellt, die besonders in den italienischen Westalpen (Ligurien, Piemont, Aostatal) sehr hohe Werte erreicht hat. Der damit verbundene Zusammenbruch von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur («abbandono» = Verlassen; im Gegensatz zu den im deutschen Sprachraum verwendeten Begriffen «Höhenflucht» oder «Bergflucht», die zwischen günstigen Tallagen und ungünstigen Höhen- und Schattenlagen differenzieren, drücken die italienischen Schlüsselbegriffe «abbandono» und «spopolamento» aus, dass die Alpenregionen insgesamt zusammenbrechen) wurde besonders zur Zeit Mussolinis sehr negativ bewertet, weil dadurch vor allem die so empfindlichen Grenzregionen Italiens militärisch geschwächt wurden. Daher wurde damals eine sehr umfangreiche und gründliche Untersuchung in Auftrag gegeben, die den ersten Höhepunkt der systematischen wissenschaftlichen Analyse der Gebirgsproblematik in Italien bildet und die heute noch einen wichtigen Referenzwert darstellt: «Lo spopolamento montano in Italia, indagine geografico-economico-agraria», hrsg. vom Istituto Nazionale di Economia Agraria/Istituto Nazionale per la Geografia del Consiglio Nazionale delle Ricerche, 8 Bände in 11 Teilbänden, etwa 4000 Seiten, Tip. Failli, Roma 1932–1938 (die Alpen werden in Bd. 1–5 in 8 Teilbänden behandelt).

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich die Entvölkerung weiterhin fort, obwohl allmählich eine staatliche Berggebietspolitik mit Infrastrukturförderungen und Verbesserungen der Produktionsvoraussetzungen entwickelt wurde. In den letzten Jahrzehnten wurde allerdings die Entvölkerung nicht mehr so negativ bewertet wie früher: Man wurde sich bewusst, dass die Grösse der vor Ort lebenden Bevölkerung in einem sinnvollen Verhältnis zu den lokal nutzbaren Ressourcen stehen müsse, und unter diesem Aspekt kann heute von einem gewissen Gleichgewicht gesprochen werden. Das bedeutet natürlich nicht, dass in früheren Zeiten die Bevölkerung der italienischen Alpen unverhältnismässig hoch gewesen ist («Überbevölkerung»), denn damals wurden Ressourcen genutzt, die unter den heutigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nicht mehr sinnvoll zu nutzen sind. Und wenn man heute von einem neuen Bevölkerungswachstum in den italienischen Alpen («ripopolamento» = Wiederbevölkerung) spricht, dann ist dies untrennbar mit einer ökonomischen (Wieder-)Aufwertung lokaler Ressourcen verbunden. Die Idee eines solchen Bevölkerungswachstums gründet sich übrigens darauf, dass im Verlauf der siebziger Jahre der allgemeine Bevölkerungsrückgang in den italienischen Alpen gestoppt wurde und in den achtziger Jahren sogar ein – wenn auch erst leichtes – Wachstums festzustellen ist.

Während sich die Bevölkerung Italiens in den letzten 130 Jahren fast verdreifacht hat (von 21 auf 57 Mio.), ist sie in den italienischen Alpen – bei sehr grossen internen Disparitäten und bedeutenden Verschiebungen vom ländlichen Raum in die alpinen Mittel- und Unterzentren – in dieser Zeit nur leicht angestiegen, und die mittlere Bevölkerungsdichte liegt derzeit bei etwa 68 Einwohnern/km².

Die bisherigen Aussagen waren so allgemein, dass sie zwangsläufig oberflächlich bleiben mussten. Daher wird es jetzt notwendig, die Begriffe «Alpen» («montagna alpina») und «Alpenregionen» («regioni alpine») abzuklären, weil nur so die statisti-

schen Aussagen angemessen interpretiert werden können. Anlässlich des ersten internationalen Kongresses «Le Alpi e l'Europa» im Jahr 1973 in Mailand (die «atti» dieses wichtigen Kongresses sind in 4 Bänden mit zusammen 1681 Seiten publiziert worden bei: Laterza editore, Bari 1974/75), der wesentlich zur Wiederentdeckung der Alpen beitrug, wurde der «Alpenraum» – im Sinne einer europäischen Grossregion – als die Gesamtheit aller politischen «Regionen» (regione als höchste politische Struktur unterhalb der Nation, also Bundesland, Kanton, regione usw.) betrachtet, die ganz oder teilweise Anteil am Gebirge der Alpen besitzen. Genauer gesagt: Das gesamte Gebiet der französischen régions, der italienischen regioni, der schweizerischen Kantone, der österreichischen Bundesländer und der jugoslawischen sozialistischen Republiken wurde als grosse «Alpenregion» («regione alpina») definiert, die dann in ein eigentliches «Alpengebiet» («area alpina» – Abgrenzung nach Relief und geomorphologischen Kriterien) und in ein «perialpines Gebiet» (area perialpina») unterteilt wurde. Ich zitiere dieses schon historische Beispiel, weil der Begriff «Alpen» nicht eindeutig definiert ist und sehr verschieden interpretiert werden kann.

In Italien ist das «Berggebiet» («zona montana» oder «territorio montano») durch das Gesetz Nr. 991 aus dem Jahr 1952 eindeutig bestimmt. Basiseinheit dafür ist die Gemeinde, deren Fläche ganz oder teilweise als Berggebiet klassifiziert wird, wobei die Höhenlage, der Reliefunterschied innerhalb des Gemeindegebietes und steuerpolitische Faktoren ausschlaggebend sind. Dieses Berggebiet umfasst die Alpen, den Apennin und die Gebirge Inselitaliens, wobei es keine offizielle Unterteilung zwischen Alpen und Apennin gibt, so dass es schwierig ist, aus den amtlichen Statistiken den Anteil der Alpen zu bestimmen.

Im Jahr 1971 wurde mit dem Gesetz Nr. 1102 die moderne Verwaltungsstruktur des Berggebiets geschaffen, indem die 4190 Berggemeinden zu 337 homogenen Zonen, den sogenannten «comunità montane», zusammengefasst wurden. Jede dieser «comunità montana» erhielt eine gesetzlich verankerte Verwaltung («ente pubblico») aus angestellten Fachleuten und gewählten Vertretern, der die Aufgabe zugeteilt wurde, die gesamte sozio-ökonomische Entwicklung ihres Gebietes zu gestalten und voranzutreiben. Im italienischen Alpenraum besteht eine «comunità montana» sehr häufig aus dem Gebiet eines alpinen (Quer-)Tales mit etwa 10–15 Gemeinden (oft in Korrespondenz mit historischen Talschaftsstrukturen), und es gibt hier 148 «comunità montane» mit zusammen 1937 Berggemeinden.

Damit sind diese «comunità montane» so etwas wie die «Schlüsseleinheiten» der italienischen Berggebietspolitik geworden, auch wenn jede einen kleinen Mikrokosmos für sich mit jeweils erheblichen internen Disparitäten (v.a. zwischen dem jeweiligen Talschaftszentrum und seinem «Hinterland») und teilweise spezifischen Problemstellungen darstellt. Um die Kenntnis der aktuellen Situation und ihrer Probleme zu verbessern, hat die «Unione delle Camere di Commercio dell'Arco alpino» (Handelskammer des Alpenraums) in Mailand auf meinen Vorschlag hin die wichtigsten sozio-ökonomischen Strukturdaten über den gesamten italienischen Alpenraum auf der Ebene der «comunità montane» zusammengestellt und veröffentlicht: C.I.P.D.A.: Rapporto sulla situazione economico-sociale nelle zone alpine; Milano 1988, 3 Bände, zus. 521

Seiten. Damit liegt zum erstenmal seit langer Zeit eine sehr detaillierte, aktuelle und flächendeckende Materialsammlung über die italienischen Alpen vor, die auf vielfältige Weise ausgewertet werden kann. Um die internen Disparitäten innerhalb der einzelnen «comunità montane» deutlich zu machen, wurde dabei das klassifizierte Berggebiet in eine «zona pedemontana» (vor- bzw. randalpine Hügelzone) und ein Gebiet «montagna interna» (eigentlicher Alpenraum) aufgeteilt. Leider beziehen sich die Angaben nur auf die beiden Jahre 1971 und 1981, aber die UNCEM erarbeitet gegenwärtig ein Modell zur Aktualisierung dieser Daten im 2-Jahres-Rhythmus, um die sozio-ökonomische Dynamik besser erfassen zu können.

Abgesehen von den internen Voraussetzungen des Berggebiets wie Naturraum, Relief, Nutzungsmöglichkeiten, Infrastruktur usw. spielen exogene Faktoren im italienischen Alpenraum eine sehr wichtige Rolle: Es macht einen sehr grossen Unterschied, ob ein Alpentälchen in der Nähe einer Millionenstadt in die oberitalienische Tiefebene mündet oder nicht, oder ob es sich um ein offenes Transittal oder um ein enges «Sackgassental» handelt. Trotz dieser deutlichen Differenzen lässt sich aber ganz allgemein feststellen, dass die Bevölkerung der «comunità montane» im italienischen Alpenraum in den letzten 15 Jahren wieder leicht zunimmt, und zwar vor allem in Teilen Friauls, in Südtirol-Trentino, in den gesamten lombardischen Alpen, im Aostatal, in den nordpiemontesischen Alpen und in zwei ligurischen Provinzen, während die Entvölkerung im Ostteil Friaul-Julisch Venetiens noch stark und in den Bergen Venetiens und der Provinz Cuneo (Piemont) etwas weniger stark ausgeprägt ist.

Diese demographische Konsolidierung wird von einer spürbaren ökonomischen Konsolidierung im Berggebiet begleitet: Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe verringert sich zwar weiterhin deutlich, aber der Rückgang der in der Landwirtschaft tätigen Personen und der Viehzahlen ist nur noch leicht ausgeprägt. Dies basiert auf dem Erlöschen der traditionellen Klein- und Kleinstbetriebe, die grösseren, moderneren und konkurrenzfähigeren Betrieben Platz machen. Dabei stellt es meist keinen Nachteil dar, dass die in der Tiefebene lebenden Erben der ehemaligen Bergbauern ihre Nutzflächen im Gebirge als Eigentum behalten, weil sie ihre Flächen an die modernen Betriebe zu meist günstigen Bedingungen langfristig verpachten. Durch diesen Strukturwandel verbessert sich die ökonomische Lage der Berglandwirtschaft spürbar. Parallel dazu weist der sekundäre Sektor (der stellenweise durch Mussolini forciert ausgebaut worden war) eine gewisse Stabilität auf, und es steigt die Zahl der Arbeitsplätze im tertiären Sektor. Natürlich müsste man diese sehr allgemeinen Aussagen räumlich differenzieren (mindestens auf Regionsebene), wozu hier der Platz fehlt, aber trotzdem kann man meines Erachtens davon sprechen, dass sich fast überall in den italienischen Alpen im letzten Jahrzehnt die wirtschaftliche Lage konsolidiert hat, wobei eine enge Beziehung zwischen der Aufwertung der lokalen Ressourcen und der Erhöhung der lokalen Bevölkerungszahl festzustellen ist. Derzeit diskutiert man in Italien darüber, ob diese wirtschaftliche Konsolidierung den italienischen Alpen eine tragfähige Zukunftsentwicklung ermöglicht, oder ob sie nur oberflächlich und von kurzer Dauer ist. Ich persönlich bin der Ansicht, dass die Möglichkeiten für eine positive Entwicklung grösser sind als für eine negative, wobei ich mich auf folgende Überlegungen stütze:

- In den achtziger Jahren ist in der italienischen Öffentlichkeit – ganz im Gegensatz zu früher – eine steigende Aufmerksamkeit gegenüber dem Berggebiet festzustellen, die eng mit der Entwicklung eines Umweltbewusstseins zusammenhängt und die sich bereits über eine bloße «Mode» hinausentwickelt hat. Der «städtische Effekt» (d.h. städtisch geprägte Kultur und Lebensweisen), der in den vergangenen Jahrzehnten stark zur Marginalisierung des Berggebiets beigetragen hat, wird dadurch erheblich geschwächt.
- Die relativ breite Palette der neuen ökonomischen Möglichkeiten im Berggebiet dürfte die Anfälligkeit gegenüber Wirtschaftskrisen in einzelnen Branchen reduzieren und die mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel verbundenen Probleme leichter lösbar machen.
- Die jüngste technologische Entwicklung reduziert die enge Standortgebundenheit der industriellen und tertiären Arbeitsplätze und damit die hohe Konzentration der Wirtschaft in wenigen Zentren, die ein Charakteristikum der industriellen Revolution darstellt. Die zukünftige Entwicklung der postindustriellen Gesellschaft könnte dem Berggebiet – gemeinsam mit einem wachsenden Umweltbewusstsein – im Rahmen einer bewusst dezentralen Gestaltung der Wirtschaft eine völlig neue gesellschaftliche Bedeutung zuweisen.
- Die Berggebietspolitik auf den verschiedenen internationalen und nationalen Verwaltungsebenen dürfte die zukünftige Entwicklung ebenfalls positiv beeinflussen. Die Basisstruktur dafür stellt in Italien die «comunità montana» dar, die inzwischen ihre Anfangsschwierigkeiten überwunden hat und ein wirkungsvolles Instrument geworden ist und die auch in Zukunft noch an Bedeutung zunehmen dürfte.

Meine optimistische Bewertung der jüngsten Entwicklung wird durch den Schneemangel in den Wintern 1988/89 und 1989/90 etwas in Frage gestellt: Die italienischen Skistationen haben dadurch schwere ökonomische Verluste erlitten, und dieses Faktum stellt einen zentralen Schwachpunkt bei einer touristischen Wintermonostruktur dar. In Wirklichkeit aber – lassen Sie mich dies nur kurz anmerken – hängt das Problem des Schneemangels ganz eng mit der charakteristischen Schwäche der Berggebietsökonomie zusammen, die nach dem Zusammenbruch der traditionellen Selbstversorgerwirtschaft sehr stark durch externe Kapital- und Entscheidungsstrukturen bestimmt wurde und wird, die letztlich die Ursache für diese so anfälligen Monostrukturen sind.

Was den Schneemangel und die Winterinfrastruktur betrifft, so muss man berücksichtigen, dass die Skizentren in den italienischen Alpen mit einigen wenigen Ausnahmen (darunter die 1931 errichtete Skistation Sestriere in 2000 m Höhe in den Cottischen Alpen, die Vorbild für die französischen «Retortenstationen» wurde) immer in bereits bestehenden Ortschaften aufgebaut wurden. Damit sind diese Orte und Gemeinden weniger extrem vom Schnee abhängig als die «künstlichen» französischen Skistationen. Die jüngsten Informationen aus den italienischen Wintersportgebieten besagen, dass trotz Schneemangels bzw. unabhängig von den jeweiligen Pistenverhältnissen die Übernachtungszahlen nicht signifikant abgenommen haben. Dies dürfte auch damit zusammenhängen, dass sich Angebot und Nachfrage nicht allein auf den Abfahrtskilauf konzentrieren, sondern dass den sozialen, kulturellen und gastronomischen Akti-

vitäten im Rahmen eines italienischen Winterurlaubs ein erheblicher Stellenwert zukommt. Darüberhinaus besitzen fast alle Wintersportgemeinden eine mehr oder weniger bedeutende Sommersaison, so dass auch dadurch eine gewisse Diversifizierung gegeben ist.

Während die Übernachtungsstrukturen im italienischen Alpenraum zu einem guten Teil im Besitz der Einheimischen sind, sind die Aufstiegsanlagen und die touristischen Bahnen meist im Besitz auswärtiger Kapitalgesellschaften. Damit sind die italienischen Wintersportgemeinden zwar wesentlich stärker vom Fremdkapital abhängig als vergleichbare schweizerische oder österreichische Gemeinden, aber es fehlt andererseits die absolute Dominanz fremder Geldgeber wie in den französischen Alpen, wo die lokale Bevölkerung mehr oder weniger aus der Wintersportentwicklung ausgeschlossen wurde. Und in diesen allein auf den Pistenskilauf ausgerichteten Zentren spürt man natürlich den Schneemangel ganz besonders deutlich.

Im internationalen Vergleich im Alpenraum fällt der grosse Unterschied zwischen föderalistisch und zentralistisch aufgebauten Staaten deutlich ins Auge: Während die Gemeinden in föderalistischen Staaten erhebliche ökonomische und strukturelle Unterstützung erfahren, stellen die italienischen Alpen für mehr als ein Jahrhundert – und zwar gerade für das Jahrhundert mit den zentralen sozio-ökonomischen Veränderungen – eine strukturschwache und national völlig unbedeutende Randregion dar. Auch wenn die Verfassung der Republik Italien aus dem Jahr 1948 explizit ein spezifisches Engagement des Staates für das Berggebiet erwähnt und das erste Berggebietsgesetz aus dem Jahr 1952 stammt, so muss man doch bis zum Jahr 1971 warten, bis sich im Rahmen der «Regionalisierung» Italiens (Delegation gewisser zentralstaatlicher Aufgaben und Befugnisse an die neu aufgewerteten «regioni») ein neues Verhältnis zu den peripheren Gebieten entwickelt. Mit anderen Worten: Mit der Verlagerung staatlicher Macht von Rom nach Turin, Mailand, Genua, Venedig usw. sind die Alpen näher an die politischen Machtzentren herangerückt. Die Bewertung dieses gewaltigen Strukturwandels ist derzeit noch nicht abschliessend möglich, aber es lässt sich schon jetzt feststellen, dass die Regionshauptstädte die Probleme des Alpenraums – d.h. ihres eigenen «Hinterlandes» – weniger leicht verdrängen können als die Hauptstadt Rom.

Praktisch gleichzeitig mit der Regionalisierung Italiens trat das Gesetz Nr. 1102/1971 in Kraft, das seinerseits die zuvor starr zentralistisch ausgerichtete Berggebietsförderung auf eine neue, dezentrale Weise organisiert. Als Basisorganisation wurde die schon erwähnte «comunità montana» mit einem eigenen Status geschaffen, die aus einer Vollversammlung (bestehend aus je drei Vertretern jeder Gemeinde), einem Exekutivausschuss und einem Präsidenten besteht und die verpflichtet ist, einen detaillierten «sozio-ökonomischen Entwicklungsplan» («piano di sviluppo socio-economico») auszuarbeiten. Die «comunità montane» erhalten vom Staat einen jährlichen Finanzbeitrag zur Deckung ihrer laufenden Verwaltungsarbeit und einen zweiten Beitrag zur Realisierung der Vorschläge aus dem sozio-ökonomischen Entwicklungsplan, wobei dieser zweite Finanzbeitrag über die Region ausgezahlt wird, die die Entwicklungspläne der einzelnen comunità montane jeweils kontrolliert. Damit handelt es sich um eine moderne demokratische Struktur, die gut geeignet ist, der lokalen Bevölkerung und

ihren gewählten Vertretern Verantwortung zu übertragen, damit sie die eigene Entwicklung selbst aktiv gestalten. Diese mutige Innovation war aber im Rahmen der konkreten Umsetzung mit unendlichen Schwierigkeiten, Widersprüchen, Misstrauen und Ablehnungen von den verschiedensten Seiten verbunden, die eigentlich erst in diesen Monaten – d.h. 18 Jahre nach der Verabschiedung dieses Gesetzes! – endgültig beigelegt zu sein scheinen, und erst in diesen Tagen ist die «comunità montana» als zentrale Verwaltungseinheit im Berggebiet zwischen Gemeinde und Provinz von allen gesellschaftlichen Kräften Italiens anerkannt. Trotz vielfältiger ökonomischer Probleme (die staatlichen Finanzbeiträge sind relativ gering) und gewissen Mängeln in der juristischen Konstruktion der «comunità montana» (worüber es eine endlose Diskussion gibt) und trotz des anfänglichen Widerstands von seiten der gerade neu aufgewerteten Regionen (die von der Institution der «comunità montana» eine Schwächung ihrer Position befürchteten), haben sich die «comunità montane» durch eine seriöse und effektive Arbeit inzwischen so weit konsolidiert, dass sie heute allgemein als *die* politische Vertretung des Berggebietes anerkannt sind. Derzeit gibt es im gesamten Berggebiet Italiens etwa 5000 Angestellte (im Alpenraum etwa 1500) bei den «comunità montane», wobei im Apennin und in Süditalien jede «comunità montana» aus etwa 15 Angestellten und im Alpenraum aus etwa 10 Angestellten besteht.

Im Rahmen der aktuellen internationalen Diskussion um eine «endogen geprägte Berggebietsentwicklung» muss man festhalten, dass die italienische Berggebietspolitik mit ihrem Gesetz Nr. 1102 der Zeit weit voraus war, indem sie schon vor 20 Jahren konsequent die Strukturen für eine endogene Entwicklung des Berggebiets geschaffen hat, während in der Europäischen Gemeinschaft solche Strukturen (mit den «integrierten Entwicklungsplänen für den Mittelmeerraum» oder der Neudefinition des «EG-Strukturfonds») erst seit Mitte der achtziger Jahre geschaffen wurden.

Trotz dieser positiven Aspekte weist eine Gesamtbewertung der italienischen Berggebietspolitik aber auch einige negative Gesichtspunkte auf:

1. Das Gesetz Nr. 1102/1971 ist ein sogenanntes nationales «Rahmengesetz», das nur die allgemeine Struktur der Berggebietspolitik festlegt, aber keinerlei Aussagen oder Bestimmungen über Inhalte und Ziele der Berggebietsentwicklung enthält. Dies erklärt sich daraus, dass zufälligerweise genau in den Monaten nach seinem Erlass die zentralen gesetzlichen und administrativen Zuständigkeiten für eine Entwicklung des Berggebietes – nämlich die für Land- und Forstwirtschaft, Fremdenverkehr, Gesundheitswesen usw. – vom römischen Zentralstaat an die neugeschaffenen Regionen übertragen wurden («Regionalisierung»), so dass für die römische Regierung allein der Spielraum übrigblieb, die Grundsätze der regionalen Entwicklung formal festzulegen. Die Möglichkeit, diesen Spielraum weit zu interpretieren und trotz diesen Einschränkungen Grundprinzipien einer *inhaltlichen* Berggebietspolitik von Rom aus zu entwickeln, wurde nicht genutzt – der Staat beschränkte sich allein auf formale Vorgaben mit dem Ergebnis, dass die konkreten Inhalte der Berggebietspolitik heute von Region zu Region so stark differieren, dass die Situation sehr unübersichtlich geworden ist. Die heutige Situation und ihre Probleme im italienischen Alpenraum sind nur verständlich, wenn

man diese Hintergründe kennt und weiss, dass das Gesetz Nr. 1102 (das von der UNCEM ganz anders konzipiert worden war) durch die gleichzeitige Regionalisierung des italienischen Staates in seinem Kern verändert wurde.

2. Auf dieser politischen Grundlage – also auf der der Regionen – spielt sich heute die Umsetzung der EG-Normen ab, wobei allerdings meist Formen bzw. Lösungen entwickelt werden, die den realen Problemen vor Ort wenig angemessen sind. Die positiven Aspekte der regional strukturierten Berggebietspolitik werden heute durch die Überlagerung europäischer Normen und Gesetze, deren Inhalte der italienischen Realität meist völlig fremd sind, weitgehend wieder zunichte gemacht (als Beispiel dafür seien die von der EG erzwungenen «Landschaftsschutzpläne» genannt). In jüngster Zeit gibt es bei der konkreten Umsetzung der EG-Beschlüsse zwar einige positivere Erfahrungen, aber sie haben noch zu keinen besseren Resultaten geführt.

In dieser komplexen und teilweise unübersichtlichen Situation ist es sehr wichtig, klare und eindeutige Strukturen und Verantwortlichkeit für die Entwicklung des Berggebietes in den neunziger Jahren zu schaffen, wobei es notwendig wird, dass der Staat dabei für eine bewusste konzeptionelle Gestaltung der Berggebietspolitik gegenüber den Regionen wieder aufgewertet und gestärkt wird. Inhaltlicher Dreh- und Angelpunkt müsste dabei eine Verbesserung und Ausweitung der öffentlichen und privaten «Dienstleistungen» (v.a. in den Bereichen Bildung/Ausbildung, medizinische und allgemeine Versorgung, Kommunikation, öffentlicher Verkehr, Kultur) sein, damit die Lebensqualität im Gebirge derjenigen in den Städten in etwa entspricht. Ohne die Lösung dieses dringlichen Problems gibt es für das Berggebiet keine Zukunft, und dies gilt allgemein und nicht bloss für Italien. Dabei ist die Situation in zentralistisch strukturierten Staaten wie Italien, Frankreich oder Spanien, in denen die Berggebiete ökonomisch und sozial marginale Räume darstellen, besonders problematisch, und hier ist es dringend erforderlich, sich über die Grundprinzipien der künftigen Berggebietspolitik ganz bewusst Rechenschaft abzulegen und nicht einfach die Vergangenheit in die Zukunft hinein zu verlängern.

In Italien wird derzeit im römischen Parlament – nach vielen Jahren Vorbereitungszeit! – ein Gesetz zur Reform der unteren Verwaltungsebenen («enti locali») verabschiedet. Darin erhält die «comunità montana» die zentrale Rolle bei der Umsetzung bzw. Durchführung der spezifischen Berggebietsförderungen gemäss den EG-, den staatlichen und den regionalen Richtlinien bzw. Gesetzen. Mit diesem neuen Gesetz wird die italienische Berggebietspolitik klarer und eindeutiger strukturiert, so dass ihre Umsetzung leichter und effektiver werden dürfte.

Weiterhin hat die «Unione nazionale dei Comuni, Comunità ed Enti montane/UNCEM», die seit 1953 die Interessen der Berggebiete im politischen Sektor vertritt, unter Mitarbeit von Fachleuten zahlreicher Disziplinen ein Dokument vorbereitet, das die Grundlagen einer nationalen Berggebietspolitik für die neunziger Jahre enthält («nuovo scenario per la montagna degli anni '90»). Darüber hinaus hat die UNCEM erreicht, dass im Jahr 1989 beim Präsidenten des Ministerrates in Rom ein «beratendes Komitee für Berggebietsfragen» («comitato consultivo») gegründet wurde, das die Aufgabe besitzt, «... die ökonomischen, sozialen und verwaltungsstrukturellen Proble-

me des Berggebietes zu analysieren, um die Regierung mit Informationen, Bewertungen, Vorschlägen und Gesetzesentwürfen zu versehen». Dieses Komitee, das aus Universitätsprofessoren der verschiedenen Disziplinen, aus UNCEM-Vertretern und einigen Ministern besteht (den Vorsitz hat Soziologieprofessor Corrado Barberis, der Mitautor von «L'Italia rurale», Bari 1988), hat bereits zu arbeiten gegonnen und wird Ende 1990 einen Gesetzesvorschlag vorlegen, in dem zahlreiche Erfahrungen aus der bisherigen Praxis eingehen. Wir hoffen sehr, dass damit die nationale Berggebietsgesetzgebung schneller überarbeitet und auf einen aktuellen Stand gebracht wird und dass darüber hinaus die wissenschaftlichen Erkenntnisse und die Erfahrungen der Betroffenen systematisch einbezogen werden.

Auf der europäischen Ebene sind derzeit verschiedene Bestrebungen im Gange, die Europäische Gemeinschaft solle eine spezifische Berggebietspolitik für Europa entwickeln. Auch der Europarat hat wichtige Studien und Initiativen entwickelt, wie z.B. die «Kampagne für den ländlichen Raum», die in den Jahren 1987 und 1988 die Öffentlichkeit zahlreicher Staaten für diese Fragen sensibilisiert hat. Eine sehr wichtige internationale Konferenz aller alpinen «Regionen» fand 1988 in Trento statt, deren Schlussresolution sich an die Regierungen aller Mitgliedstaaten des Europarats wandte. Eine inhaltlich sehr interessante Konzeption für eine gesamteuropäische Berggebietspolitik wurde von der Euromontana – der «Europäischen Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche und soziale Probleme der Berggebiete» – erarbeitet (deutschsprachige Publikation: «Die Stellung der Berggebiete und ihrer Bevölkerung in Europa», Brugg 1989, SAB-Heft Nr. 138), wobei die Euromontana die einzige nichtstaatliche Organisation auf europäischer Ebene darstellt, die sich für die Probleme der Bergbevölkerung einsetzt. Auch der neugegründete «Rat der europäischen Regionen» hat im Rahmen seiner Organisation im Oktober 1988 eine besondere Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit Berggebietsfragen beschäftigt und deren Sekretariat sich in Spanien befindet. Und nicht zuletzt ist in diesem Zusammenhang eine allerjüngste Initiative zu erwähnen, die sich noch im Aufbau befindet, nämlich die «Europäische Vereinigung für die Berggebiete» («Associazione Europea per la montagna»), die alle gewählten Berggebietsvertreter Europas der verschiedensten politischen Ebenen – von den Gemeinderäten bis hin zum Europaparlament von Strassburg – umfassen soll.

Die konkreteste und wichtigste Initiative scheint aber diejenige zu sein, die derzeit vom «Wirtschafts- und Sozialausschuss» der «Fachgruppe Regionale Entwicklung, Raumordnung und Städtebau», einem beratenden Organ der EG-Kommission, lanciert wird; dieser Ausschuss hat ein reich dokumentiertes Grundsatzpapier entworfen und im Amtlichen Mitteilungsorgan der EG eine «Initiativstellungnahme zu einer Politik für das Bergland» veröffentlicht (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 4.7.1988, Seite C 175/47–55 Nr. 88/C 175/16), in der auf sehr konkrete Weise – und unseres Erachtens in sehr akzeptabler Form – der EG-Kommission, also der EG-Regierung, die Annahme einer europäischen Berggebietspolitik empfohlen wird, die auf fünf Grundprinzipien beruhen sollte (Anmerkung des Übersetzers: Zitate aus dieser Initiativstellungnahme wurden nicht aus dem italienischen Text übersetzt, sondern aus

der oben genannten deutschsprachigen Veröffentlichung übernommen, die aber nicht in allen Fällen eine gute Übersetzung darstellt):

1. Rettung des natürlichen, menschlichen und kulturellen Erbgutes «Bergland»
2. Beendigung des Entvölkerungsprozesses im Bergland
3. Anwendung einer Entwicklungsstrategie, die die strukturellen Ursachen und nicht nur die Auswirkungen des Ungleichgewichts beseitigt
4. Schaffung «wettbewerbsfähiger» Lebensbedingungen im Bergland
5. Förderung der Beschäftigung.

Zur Erreichung dieser Ziele wird folgendes Instrumentarium empfohlen:

1. Eine globale und integrierte Entwicklungsstrategie, die alle Entwicklungsaspekte gleichzeitig in Angriff nimmt: wirtschaftliche, soziale, kulturelle, ökologische, technologische und institutionelle Entwicklung
2. Verbesserung der Produktionsstrukturen und Schaffung neuer Unternehmensformen; einheimische unternehmerische Kräfte sind mit externem Know-how zu verbinden
3. Nutzung aller endogenen Ressourcen, der natürlichen wie auch der menschlichen
4. Angemessene und gleichzeitig fortgeschrittene Technologien, deren gezielte Entwicklung auch durch die Ansiedlung von Forschungsaktivitäten im Bergland zu fördern ist
5. Zusammenwirken und nicht allein Gleichgewicht zwischen Entwicklungsbemühungen einerseits und Umweltschutz andererseits (die italienische Version heisst wörtlich: Synergien und nicht nur Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltschutz); gemeint ist der Umweltschutz nicht als eine lästige Pflichtübung, sondern als ein in den Entwicklungsprozess integrierter Produktionsfaktor
6. Integrierte Programme und Vorhaben in bezug auf die Ausführung und Finanzierung von Massnahmen; von sektoraler Förderung und von der Bezuschussung auf Antrag ist abzusehen
7. Eigenverantwortliche Organisation der Entwicklung; dies beinhaltet die Möglichkeit zur Beteiligung der Bergbevölkerung an den Entwicklungsprozessen und einschlägigen Entscheidungen
8. Konkrete Solidarität der Bevölkerung als wirksames Instrument zur Förderung der eigendynamischen Entwicklung.

Das genannte Konzept schlägt vor, den Begriff «Berggebiet» (im deutschen Text wird der etwas unglückliche Begriff «Bergland» gebraucht) zu erweitern und darunter nicht nur Regionen mit naturräumlicher Benachteiligung zu fassen, sondern dabei auch sozio-ökonomische Indikatoren einzubeziehen. Weiterhin fordert es die EG-Kommission auf, in der Frage der Berggebietspolitik auf der europäischen Ebene eine Vorreiterrolle zu spielen, das Bewusstsein über die Berggebietsproblematik bei den beteiligten

Regierungen zu schärfen, Schritte zu einer europaweiten Harmonisierung der nationalen Berggebietsgesetzgebungen zu unternehmen und eine gemeinsame Methodologie für Berggebiets- und Entwicklungskonzepte zu erarbeiten. Konkret solle das so aussehen, dass alle politischen Bereiche der EG spezielle Aktionen zur Lösung der jeweiligen sektoralen Probleme entwickeln, die dann in sogenannten «Integrierten Programmen für die Entwicklung des Berglandes/IPEB» koordiniert und zusammengefasst werden sollen.

Welche Auswirkungen eine solche neue und wirklich europäische Berggebietspolitik haben würde, ist heute noch nicht abzusehen; ein wichtiges Faktum für ihre zukünftige Umsetzung besteht aber darin, dass dieser Vorschlag nicht von einer zweitrangigen Organisation oder Institution, sondern von einem hohen Gremium der EG selbst erarbeitet wurde, womit die Aktivitäten zur Schaffung einer europaweiten Berggebietspolitik eine neue Ebene erreicht haben.

Diese etwas längere Darstellung der europäischen Dimension war notwendig, um den Rahmen, in dem die derzeitige italienische Berggebietspolitik steht und von dem her sie beeinflusst wird, deutlich zu machen. Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine persönliche Bemerkung: Ich beschäftige mich seit der Mitte der fünfziger Jahre hauptberuflich mit den Problemen der Berggebiete, und ich muss feststellen, dass in all diesen 35 Jahren das öffentliche Interesse für das Berggebiet nie so gross war wie gerade jetzt. In diese positive Feststellung mischt sich gleichzeitig eine gewisse Bitterkeit, weil dieses gestiegene Interesse nicht auf das Engagement der Bergbevölkerung und ihrer Vertreter, sondern auf das in den Städten entstandene Umweltbewusstsein («*coscienza ambientale*») zurückgeht. Ich möchte dieses nicht abwerten und schätze die Umweltbewegung als wichtiges und berechtigtes Anliegen, sofern daraus nicht eine neue Form der Kolonisation des Berggebietes durch die städtische Gesellschaft erwächst, indem man mit fanatischem Eifer aus den Alpen ein ökologisches Museum machen möchte. Ich möchte jetzt nicht den alten Konflikt zwischen Wirtschaft und Umweltschutz ansprechen, denn ich bin überzeugt, dass beides unter bestimmten Rahmenbedingungen durchaus gut vereinbar ist. Aber ich weiss aus eigener Erfahrung, dass die Bergbevölkerung der beste Garant für die Erhaltung der alpinen Umwelt ist, und darüber hinaus ist allgemein bekannt, dass die schlimmsten Umweltzerstörungen in den italienischen Alpen von auswärtigen Spekulanten und nicht von Einheimischen stammen. Dies ist ein zentrales Argument für eine endogen bestimmte Entwicklung des Berggebietes, gestaltet und organisiert von den lokalen «*comunità montane*», die auf der Nutzung der eigenen Ressourcen sowie zusätzlich auf der Nutzung derjenigen Ressourcen, die ihnen die regionale oder nationale Gemeinschaft zur Verfügung stellt, basiert bzw. basieren sollte.

Angesichts der Tatsache, dass der Umweltschutz im deutschsprachigen Alpenraum eine besonders grosse Aktualität besitzt, möchte ich noch einen Gedanken anfügen: Ich kenne zwar die Probleme in diesem Alpenteilraum nicht hinreichend gut genug, aber es verwundert mich etwas, dass dieselben Persönlichkeiten heute für einen radikalen Umweltschutz eintreten, die vor einigen Jahren noch eine forcierte wirtschaftliche und technische Erschliessung der Alpen propagierten. Man sagt bei uns, es wäre weise, seine

Ansichten zu ändern, und ich bin gern bereit, solche Lernprozesse anzuerkennen, aber es bleibt doch ein gewisses Misstrauen dabei.

Was das Thema Umweltschutz betrifft, so haben wir in Italien – und vor allem in den alpinen Regionen – seit einigen Jahren eine durchaus befriedigende Situation: Das Gesetz Nr. 431 vom Herbst 1984, das heftig diskutierte sogenannte «Galasso-Gesetz», stellt ein sehr weitreichendes und modernes Umweltschutzgesetz dar. Es gilt für alle Meer-, See- und Flussufer, für alle Wälder, für alle Gletscher und für alle Berggebiete oberhalb 1600 m (Apennin) bzw. 1800 m (Alpen) und verbietet hier alle Neu- bzw. Umbauten, Infrastrukturanlagen sowie jegliche Umwelt- bzw. Naturveränderung solange, bis die einzelnen Regionen spezielle und detaillierte «Landschaftsschutzpläne» («piani paesistici») verabschiedet haben, die diese allgemeinen Grundsätze konkret umsetzen und räumlich exakt festlegen. Gerade in diesen Tagen ist eine staatliche Anordnung erlassen worden, die alle wirtschaftlichen und infrastrukturellen Aktivitäten aufzählt, die – in Übereinstimmung mit den EG-Bestimmungen – einer Art Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen sind («esame di impatto ambientale»). Erhebliche Bedeutung kommt darüber hinaus den italienischen Umweltschutzgruppen zu, die eine wachsame Umweltschutz-«Kontrolle» – auch über staatliche Aktivitäten – ausüben.

Dies alles sind Rahmenbedingungen, die die Zukunft mit einer gewissen Zuversicht betrachten lassen. In allen italienischen Alpenregionen ist übrigens kürzlich ein Monitoringprogramm zur Untersuchung und Bewertung der Waldschäden durch den sauren Regen auf ausgewählten Testflächen angelaufen, das teilweise von der EG finanziert wird. Glücklicherweise ist das Waldsterben in unseren Alpen – gesamthaft betrachtet – nicht alarmierend, und es gibt einige Regionen, in denen es sogar völlig fehlt.

Was die Waldsituation bzw. die Forstwirtschaft betrifft, so möchte ich zwei Initiativen von grosser Bedeutung erwähnen: das nationale Forstinventar («inventario forestale nazionale») und den nationalen Forstplan («piano forestale nazionale»). Das Forstinventar hat es ermöglicht, die italienischen Waldbestände genau zu erfassen, wobei man entdeckte, dass die reale Waldfläche deutlich grösser ist als aufgrund der (fortgeschriebenen) Forststatistiken angenommen. Zentrales Ergebnis dabei war, dass Italien nicht – wie meist behauptet wird – ein waldarmer Staat ist, sondern ein an armen Wäldern reicher Staat ist, weil sehr grosse Waldbestände einer Pflege und Verbesserung bedürfen, die aber aus verschiedenen Gründen – Finanzen, Eigentumsfragen, Erschliessung – nicht möglich ist. Der nationale Forstplan besteht aus einer Gesamtanalyse der gegenwärtigen Situation und ihrer Schlüsselprobleme und einem Strategieteil, in dem die Grundprinzipien staatlichen Handelns dargestellt werden, wobei die konkrete Umsetzung dann aber in den Händen der einzelnen Regionen liegt, die dafür die gesetzlichen und administrativen Kompetenzen besitzen. Der Wald ist natürlich auch in den italienischen Alpen ein sehr wichtiger Faktor, genauso wie die grossen Almgebiete, und der Zustand beider wird stets mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt. Bei Wäldern und Almen spielt das öffentliche und genossenschaftliche Eigentum eine grosse Rolle, was pflegerische Massnahmen und planerisches Handeln sehr erleichtert. Sowohl die EG-, als auch die nationale und regionale Gesetzgebung bieten verschiedene finanzielle Zuschüsse für eine Bewirtschaftung an, die ohne sie kaum möglich wäre. Natürlich ist

die Bedeutung von Wäldern und Almen von Region zu Region verschieden, aber insgesamt lässt sich über die italienischen Alpen sagen, dass sie reich an gut produktiven Wäldern sind und damit im nationalen Vergleich eine Spitzenstellung einnehmen.

Ich möchte diese Darstellung mit einigen Hinweisen auf die besondere Situation unseres kulturell und geschichtlich so komplexen Alpenraums abschliessen. Man darf nicht ausser acht lassen, dass es einen italienischen Nationalstaat erst seit 1861, also seit einem guten Jahrhundert gibt, während die Geschichte – und damit auch die kulturelle Identität – der italienischen Alpengebiete Tausende von Jahren alt ist und einen übernationalen Charakter besitzt. Man denke dabei nur an den früheren Einfluss der Habsburger auf den Ostalpenraum oder der Savoyer auf den Westalpenraum, der mit den heutigen Nationalstrukturen nicht zu vergleichen ist, oder an die engen Beziehungen zwischen der Lombardei und der Schweiz, ganz zu schweigen von der internationalen Bedeutung der Alpenpässe für die Herausbildung einer übernationalen Identität der betroffenen Alpenregionen. Alle diese verschiedenen kulturellen Identitäten haben sich im Laufe der Zeit entwickelt und verändert, und sie prägen die lokale Bevölkerung noch heute, auch wenn sie seit 100 Jahren im Kontext des neuen Nationalstaats stehen. Sie sind die Grundlage für ein heute überall in den italienischen Alpenregionen anzutreffendes «instinktives Autonomiegefühl» («una sorta di autonomia culturale istintiva»), das in den offiziellen Beziehungen zur ausseralpinen Welt zwar oft unterdrückt wird, sich aber bei geeigneter Gelegenheit jeweils sofort deutlich äussert. Dabei handelt es sich nicht um Folklore, sondern um eine vielfältige Erscheinungsform der gemeinsamen alpinen Kultur, die aus den Alpen eine der grossen europäischen Regionen macht. Und damit existieren ideale – man könnte fast sagen: natürliche – Voraussetzungen, dass der Alpenraum zum Vorreiter eines integrierten Europas auf der Grundlage der grossen europäischen Regionen wird.

Meine persönlichen Erfahrungen – als einer der Vorbereiter des Mitte der siebziger Jahre gegründeten «Komitees zur Zusammenarbeit zwischen den Regionen des Alpenraums» («Comitato per la cooperazione tra le Regioni dell'Arco alpino» – eine Art Vorläufer- bzw. Dachorganisation der Arge Alp-Strukturen) – haben mir immer wieder den äusserst ausgeprägten Zusammenhalt der Alpenregionen untereinander über die Staatsgrenzen hinweg und die aussergewöhnliche und ausserordentliche Kraft der gemeinsamen alpinen Kultur vor Augen geführt und bestätigt. Das genannte Komitee, dessen Arbeit von den Regierungen lange Zeit mit Misstrauen betrachtet wurde, war in den siebziger und den frühen achtziger Jahren die einzige übernationale Struktur im Alpenraum, deren Stärke allein auf der grenzüberschreitenden alpinen Kultur beruhte, und in ihm haben alpine Regionen aus Staaten der NATO und aus neutralen Staaten sowie EG-, EFTA- und COMECON-Staaten zusammengearbeitet, um die politischen, ökonomischen und institutionellen Barrieren im Alpenraum abzubauen. Heute ist diese Pionieraufgabe im Sinne einer Wiederentdeckung des in sieben Nationalstaaten zerteilten einheitlichen Alpenraums abgeschlossen, und das Komitee hat seine Arbeit mit dem zweiten grossen internationalen Kongress «Le Alpi e l'Europa» in Lugano 1985 abgeschlossen. Die Kongressakten (sie wurden in zwei Bänden mit den Titeln «Le Alpi per l'Europa – una proposta politica», 631 Seiten, und «L'autonomia e l'amministrazione»

ne locale nell'area alpina», 744 Seiten, bei: Edizioni Universitarie Jaca Nr. 49/50, Mailand 1988) stellen eine der wichtigsten wissenschaftlichen Dokumente über die Rolle der Alpen in Europa dar. Dass die engagierte Arbeit dieses Komitees nicht umsonst war, zeigen die übernationalen Arge Alp-Strukturen, die flächenhaft fast den gesamten Alpenraum umfassen und die heute zum politischen Alltag gehören. Sie setzen jene allgemeinen Grundprinzipien der Zusammenarbeit aus den siebziger Jahren inzwischen ganz konkret in die Realität um.

Schliessen möchte ich mit einer Aussage von Paul Guichonnet, deren Inhalt ich voll teile: «Auf der Suche nach einem neuen Gleichgewicht zwischen Mensch und Raum können die Alpen mit ihrer ethnischen, kulturellen und politischen Vielfalt ein Laboratorium für neue Ideen und neue Lösungen werden – herausgefordert durch die Grösse der Berge und ihrer Bewohner.»

(Übersetzung aus dem Italienischen: Werner Bätzing)